SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratie und Digitalisierung

Winkel, Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Winkel, O. (2015). Demokratie und Digitalisierung. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, *8*(2), 409-434. https://doi.org/10.3224/dms.v8i1.21197

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-92735-2

Olaf Winkel

Demokratie und Digitalisierung

Eine Betrachtung ausgewählter Aspekte der demokratischen Willensbildung in der Informationsgesellschaft über den Zeitraum von zwei Jahrzehnten

Zusammenfassung
Um den Diskurs über die demokratischen Potentialen der informationstechnischen Innovationen zu strukturieren, führte Hubertus Buchstein 1996 die Idealtypen Netzoptimismus, Netzpessimismus und Netzneutralismus ein. Alle Positionen weisen sowohl Elemente auf, die heute noch tragfähig sind, als auch Komponenten, deren Relevanz inzwischen fragwürdig erscheint. Hervorzuheben ist, dass die digitale Informationsgesellschaft wie von netzpessimistischer Seite unterstellt tatsächlich in vielerlei Hinsicht zu einer Welt der schlechten Alternativen geworden ist, in der es immer schwerer fällt, für sich legitime, aber dennoch widerstreitende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Besonders deutlich kommt dies im zunehmend brisanten Spannungsverhältnis zwischen dem bürgerschaftlichen Anspruch auf individuellen Freiraum und dem staatlichen Ordnungsanspruch zum Ausdruck. Fragt man danach, wie sich die aktuelle Situation und die Perspektiven der demokratischen Willensbildung im Lichte der von Buchstein entwickelten Idealtypen darstellen, wird deutlich, dass sich in diesem Bereich umfassende und tiefgreifende Veränderungen abzeichnen, die Konturen einer zukünftigen Demokratie sind aber noch nicht erkennbar.

Schlagworte: Demokratische Willensbildung, Electronic Government, Elektronische Demokratie, Informationsgesellschaft, Informationstechnologie

Abstract
Democracy and digitization
An examination of selected aspects of democratic decision-making in the information society over the span of two decades
In order to structure the debate on the democratic potentials of digital information technology Hubertus Buchstein in 1996 created three ideal types, net optimism, net pessimism and net neutrality. All positions, however, contain both elements that are still viable today as well as components whose relevance now appears questionable. It should be emphasized that the digital information society, such as the net pessimistic side assumed, in fact has become in many ways a world of bad alternatives, in which it is increasingly difficult to bring, considered in isolation, legitimate yet conflicting interests to a common denominator. Particular clear this becomes in the increasing tension between the civic right to individual freedom and the state claim on interventions to safeguard social order. If one asks for how the current situation and the prospects for democratic decision making present themselves in the light of Buchstein's pure types, it will be recognizable that comprehensive and profound changes are in the making, but the contours of a future democracy are not yet discernible.

Key words: Democratic process, Electronic government, Electronic democracy, Information society, Information technologies

1 Einführung

Die Kontroverse um die Auswirkungen der digitalen Netzkommunikation auf die demokratische Willensbildung ist so alt wie die breite gesellschaftliche Nutzung des Internets selbst, die Anfang der neunziger Jahre in den Vereinigten Staaten und Mitte der neunziger Jahre in Europa einsetzte. Um diese Diskussion zu strukturieren, führte *Hubertus Buchstein* 1996 die Idealtypen Netzoptimismus, Netzpessimismus und Netzneutralismus ein, welche die Essenz der damals zu dieser Frage vertretenen Ansichten wiedergeben. In der vorliegenden Arbeit werden die Aussagensysteme, die *Hubertus Buchstein* mit dieser Begriffstrias verbunden hat, im Lichte neuerer soziotechnischer Entwicklungen auf den Prüfstand gestellt. Dabei geht es weniger um die Fortentwicklung von Theorie als darum, die gegenwärtige Situation durch den Rückgriff auf die von Buchstein bereitgestellten analytischen Kategorien besser zu verstehen. Die Aufarbeitung der relevanten Entwicklungen gründet in einer Literaturstudie, in die aus Aktualitätsgründen nicht nur Fachveröffentlichungen, sondern auch außerwissenschaftliche Publikationen einbezogen worden sind. Dass eine solche Untersuchung lediglich Tendenzen aufdecken und Schlaglichter setzen kann, liegt angesichts der Breite der Fragestellung auf der Hand. Der Einstieg in die Problematik erfolgt über eine Auseinandersetzung mit den zentralen begrifflichen Grundlagen und den dahinter stehenden Phänomenen und Entwicklungen.

2 Digitale Informationsgesellschaft

Der Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr soziale Funktionen in elektronische Netzwerke verlagert werden (vgl. *Webster* 2005, S. 8ff.; *Winkel* 2007b, S. 240f.). Entstanden sind diese durch das Zusammenwachsen ehemals eigenständiger technologischer Linien, die der getrennten Verarbeitung und Übertragung von Daten, Texten, Sprache und Bildern dienten. In der öffentlichen Wahrnehmung wird diese Entwicklung vor allem mit der Verbreitung des Internets verbunden, das nicht in der vormals üblichen Weise als ein System konzipiert worden ist, das von einem zentralen Rechner aus Informationen verwaltet und diese bei Bedarf dezentralen Einheiten zur Verfügung stellt, sondern als ein virtuelles Netz, dessen verstreute Komponenten eigenständig miteinander kommunizieren (vgl. *Bleicher* 2010, S. 11ff.; *Gauntlett*/*Horsley* 2004, S. 10ff.). Die Bereiche des Internets stehen für eine breite Palette von Informationsangeboten, Kommunikationsformen und Kooperationsmöglichkeiten. Neben Dienste der ersten Generation wie Websites und Elektronische Post sind Dienste der Zweiten Generation wie Blogs, Wikis und soziale Netzwerke getreten, die man mit den Begriffen Web 2.0 und Social Media assoziiert. Die Stärken des Internets liegen nicht nur in den Leistungsmerkmalen einzelner Dienste, sondern ebenso in den Potentialen, die aus der Verbindung der unterschiedlichen Bereiche erwachsen.

Ergänzt und erweitert wird das Internet durch Intranets und Extranets, durch Schnittstellen zur überkommenen Massenkommunikation und durch eine sich immer stärker durchsetzende Mobilkommunikation, wobei der zellulare Mobilfunk, über den die gängigen Handyanbieter ihre Dienste bereitstellen, und die satellitengestützte Kommunikation zu unterscheiden sind (vgl. *D21* 2013, S. 4ff.; *ISPRAT* 2014, S. 2; *OECD*/*ITU* 2011, S. 17f.). Eingebettet ist die Entwicklung der Netze, Dienste, Anwendungen und Endgeräte in

einen rasanten technischen Wandel, der immer leistungsfähigere und kostengünstigere Hardware und Software zur Generierung, Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von Informationen hervorbringt und unter anderem durch Fortschritte auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz geprägt ist, deren Funktionalitäten immer weiter in ehemals den Menschen vorbehaltene Handlungsbereiche eindringen (vgl. *Ertel* 2013, S. 11ff.; *Lämmle*/*Cleve* 2008, S. 27ff.; *Pletter* 2014, S. 19f.).

3 Demokratische Willensbildung

In einer auf breiter Basis akzeptierten Lesart lässt sich die demokratische Willensbildung, welche eine politische Öffentlichkeit voraussetzt, idealtypisch in die Stufen der Information, des Diskurses und der Entscheidung unterteilen (vgl. *Fraenkel* 1968, S. 165ff.). Auf der ersten Stufe werden relevante Impulse und Sachverhalte aufgenommen, auf der zweiten kommt es zur Aufdeckung und zum Abgleich der Wahrnehmungen und Interessen unterschiedlicher Akteure sowie zur Formulierung der politischen Agenda und auf der dritten mündet die Willensbildung in die Entscheidungsphase ein. Werden dabei Personalfragen geklärt, spricht man von Wahlen, handelt es sich um Sachfragen, von Abstimmungen.

Die Qualität der Ergebnisse solcher Prozesse, die in der Massengesellschaft einer massenmedialen Vermittlung bedürfen, bemisst sich einerseits danach, inwieweit die von den Entscheidungen betroffenen Gesellschaftsmitglieder selbst oder über Repräsentanten an der Meinungsbildung teilhaben, und andererseits danach, inwieweit Entscheidungen hervorgebracht werden, die tatsächlich zur Bewältigung der adressierten Probleme beitragen (vgl. *Scharpf* 1999, S. 16ff.). Die demokratische Willensbildung bedarf der institutionellen Absicherung (vgl. *Schmidt* 2007, S. 19ff.). So enthält das Grundgesetz nicht nur die zentrale Aussage, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen soll, und dass dieses seine Souveränität in Wahlen und Abstimmungen ausüben kann, sondern zudem unterschiedliche Bestimmungen zum Schutz von Information, Kommunikation und bürgerschaftlicher Kooperation. Daneben setzen funktionierende demokratische Prozesse korrespondierende Überzeugungen, Einstellungen und Verhaltensroutinen in der Bevölkerung voraus, die in ihrer Gesamtheit die politische Kultur einer Gesellschaft ausmachen (vgl. *Sontheimer*/*Bleek* 1999, S. 178). Und schließlich ist die demokratische Willensbildung auch von sozioökonomischen Faktoren abhängig, die ein demokratisches Gemeinwesen nicht selbst erzeugen und auch nur bedingt beeinflussen kann (vgl. *Lipset* 1959, S. 75ff.).

4 Buchsteins Begriffstrias

Um zentrale Annahmen und Aussagen zu den demokratischen Potentialen der digitalen Informationstechnologien zu komprimieren und zu ordnen, entwickelte *Hubertus Buchstein* Ende der neunziger Jahre die Kategorien Netzoptimismus, Netzpessimismus und Netzneutralismus (vgl. insb. *Buchstein* 1996, S. 583ff., aber auch *Buchstein* 1997, S. 248ff.), die von anderen aufgenommen und auch partiell noch ausdifferenziert worden sind (vgl. etwa *Winkel* 1999, S. 27ff.; *Winkel* 2001a, S. 140ff.; *Winke*l 2001b, S. 10ff.). Dabei handelt es sich um Idealtypen, die komplexe Positionen und Argumentationslinien nicht originalgetreu wiedergeben, aber dafür in ihrer Abstraktheit erkenntnisleitend wirken können.

Die netzoptimistische Position (vgl. *Buchstein* 1996, S. 584f./587ff.) geht davon aus, dass die Verbreitung digitaler Informationstechnologien schon wegen deren spezifischer Beschaffenheit – insbesondere wegen des Umstands, dass die Netzwerkkommunikation einen universellen Zugang zu politisch relevanten Informationen und Prozessen ermöglicht und der Einwegkommunikation der Massenmedien eine Zweiwegkommunikation entgegensetzt – Verbesserungen im Bereich der demokratischen Willensbildung nach sich zieht. Mit einer solchen Lageeinschätzung verbinden unterschiedliche Varianten des Netzoptimismus allerdings unterschiedliche Perspektiven, wobei sich unter anderem eine marktorientierte und eine zivilgesellschaftlich ausgerichtete Spielart unterscheiden lassen. In der marktorientierten Variante impliziert die optimistische Lageeinschätzung, dass die Entwicklung des Internets weitgehend dem Wettbewerb überlassen bleiben sollte, dem die Fähigkeit zugeschrieben wird, nicht nur die ökonomischen, sondern auch die politischen Potentiale der Netzkommunikation am besten zur Entfaltung bringen zu können. Die zivilgesellschaftlich ausgerichtete Variante legt wie die marktorientierte einen weitgehenden Verzicht staatlicher Stellen auf direkte Interventionen zur Ausgestaltung der Netzwelt nahe, geht dabei aber nicht von einer vorwiegend marktförmigen, sondern von einer primär bürgerschaftlichen Ausfüllung der sich dort ergebenden Freiräume als bestem Weg zur Entfaltung der demokratischen Potentiale der digitalen Informationstechnologien aus.

Als Netzneutralismus (vgl. *Buchstein* 1996, insb. S. 585ff.) bezeichnet *Buchstein* die Überzeugung, dass die informationstechnischen Innovationen in ihren Auswirkungen auf die demokratische Willensbildung ambivalent sind, d.h. dass daraus gleichermaßen Chancen und Risiken erwachsen. Die Chancen liegen laut Ambivalenzthese dort, wo der Netzoptimismus von primär technikinduzierten Veränderungen ausgeht. Dabei thematisiert der Netzneutralismus anders als der Netzoptimismus aber nicht nur die positiven Aspekte des informationstechnischen Wandels, sondern ebenso mögliche Fehlentwicklungen, die aus seiner Sicht die Kehrseite der Medaille darstellen. Er warnt vor neuen Asymmetrien in der politischen Beteiligung in der Folge einer digitalen Spaltung der Gesellschaft, vor einer wachsenden verbalen Aggression und der Verbreitung demokratische Grundwerte verletzender Inhalte, vor einer Informationsflut, welche die politische Orientierung der Bürgerschaft beeinträchtigen und populistischen und demagogischen Bewegungen den Weg ebnen kann, vor einem Verlust der politischen Öffentlichkeit, vor der Verschüttung partizipatorischer Potentiale als Folge einer umfassenden Kommerzialisierung der Netzwelt und vor der Identifizierung, Diskriminierung und Disziplinierung von Kommunikationsteilnehmern mit unliebsamen politischen Einstellungen. Aus diesem Blickwinkel kommt es im Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft darauf an, durch geeignete Weichenstellungen und Maßnahmen auf die Maximierung der Chancen und die Minimierung der Risiken des informationstechnischen Wandels hinzuarbeiten. Dazu sollen neben staatlichen und kommunalen Stellen auch Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Beiträge leisten.

Die netzpessimistische Position (vgl. *Buchstein* 1996, insb. S. 589ff.), der sich auch Buchstein selbst zurechnet, steht in diametralem Gegensatz zur optimistischen und in kritischer Distanz zur neutralistischen Auffassung. Unabhängig davon, ob entsprechende Wirkungen als eher systemimmanent antizipiert oder an die Voraussetzung spezieller politischer Interventionen gebunden werden, ist es aus der Sicht des Netzpessimismus verfehlt, informationstechnischen Innovationen umfassendes demokratieförderliches Potential zuzuordnen. Diese Position geht vielmehr davon aus, dass eine breite Übertragung poli-

tischer Funktionen auf elektronische Netzwerke sogar äußerst bedenkliche Folgen zeitigen kann. Fehlentwicklungen, die sich laut Ambivalenzthese durch geeignete Maßnahmen verhindern lassen, werden aus netzpessimistischer Sicht zu unmittelbaren und weitgehend unvermeidbaren Folgen des informationstechnischen Wandels. Als ursächlich dafür werden neben asymmetrischen sozioökonomischen Rahmenbedingungen technikimmanente Faktoren ausgemacht. Die spezifischen Eigenschaften der digitalen Informationstechnologien, auf denen die Hoffnungen von Netzoptimisten ruhen, machen die Welt der Netze in den Augen der Netzpessimisten zu einer Welt der schlechten Alternativen, in der sich eine Fehlentwicklung oft nur unter Inkaufnahme einer anderen ebenso gravierenden verhindern lässt. Bei einem solchen Lagebild erscheint es nur folgerichtig, dass sich Netzpessimisten eine restriktive Nutzung digitaler Informationstechnologien in politischen Zusammenhängen wünschen. Sie wollen entsprechende Anwendungen auf den zivilgesellschaftlichen Raum konzentriert sehen und warnen vor jeder Form virtueller Demokratie, die geeignet sein könnte, herkömmliche demokratische Entscheidungserfahren zu verdrängen. Damit sprechen sie sich für eine Aussparung der obersten Stufe des demokratischen Willensbildungsprozesses bzw. gegen elektronische Wahlen und Abstimmungen aus. Letzteres teilen auch unterschiedliche Autoren, die schwerpunktmäßig anderen Lagern zugerechnet werden (vgl. *Buchstein* 1996, S. 584).

5 Zum Netzoptimismus

Die optimistische Position, nach der informationstechnische Innovationen der demokratischen Willensbildung zuträglich sind, weil die Netzkommunikation den Zugriff auf politische Informationen erleichtert und erweitert, Asymmetrien im politischen Diskurs abbaut, neue Zugänge zur demokratischen Willensbildung eröffnet und gegenüber obrigkeitsstaatlichen Eingriffen weitgehend immun ist, hat sich in vielerlei Hinsicht als tragfähig erwiesen. Hier sind folgende Befunde zu nennen:

- Die Zahl der Internetnutzer ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten rasant gestiegen. So verfügte Ende der neunziger Jahre lediglich ein kleiner Teil der Einwohner Deutschlands und anderer europäischer Staaten über einen Internetzugang, heute ist es ein kleiner Teil der Bevölkerung, der noch ohne Anschluss an die zunehmend leistungsfähige Netzkommunikation ist (vgl. etwa *D21* 2002, S. 10ff.; *D21* 2014, S. 64f.). Dabei haben auch immer mehr Frauen, weniger Gebildete, weniger Wohlhabende und Ältere den Weg ins Internet gefunden. In unterentwickelten Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas, die nur über eine lückenhafte Fetznetzinfrastruktur verfügen und in denen Armut der Verbreitung von Personalcomputern entgegensteht, sind zwar noch immer große Teile der Bevölkerung aus der Netzwelt ausgeschlossen, durch die Potentiale der neu hinzugetretenen Mobiltechnologien hat sich ihr Anteil aber verringert (vgl. *OECD*/*ITU* 2011, S. 12/26).
- Enorm gewachsen ist auch die Fülle der im Internet erhältlichen Informationen mit politischer Relevanz, was die Transparenz gesellschaftlicher Prozesse erhöht und die Handlungsmöglichkeiten der Bürgerschaft erweitert (vgl. *Coleman* 2009, S. 86ff.; *Rademacher* 2010, S. 28ff.; *Schmitt*/*Hunnius* 2014, S. 29ff.). Neben staatlichen und kommunalen Stellen zählen Einrichtungen aus dem zivilgesellschaftlichen Raum, welche sich in den unterschiedlichsten Themenfeldern profiliert und dabei gelegent-

lich auch große Expertise entwickelt haben, zu den wichtigsten Informationslieferanten. Besondere Beachtung finden spätestens seit dem Fall Snowden über Whistleblowing zutage geförderte Informationen, durch die etwa geheime Aktivitäten von Sicherheitsbehörden oder fragwürdige Machenschaften von Wirtschaftsunternehmen aufgedeckt worden sind (vgl. *Harding* 2014; *Rosenbach*/*Stark* 2011). Die Digitaltechnik ermöglicht es, solches Material in kürzester Zeit massenhaft zu kopieren und jedem gewünschten Adressaten zur Verfügung zu stellen.

– Die Verbreitung der einfach handhabbaren Instrumente, die mit den Begriffen Web 2.0 und Social Media verbunden werden, eröffnet den Nutzern die Chance, aktiv an der Netzgestaltung mitzuwirken (vgl. *Beckmann* 2012, S. 180ff.; *Hippner* 2006, S. 6ff.). „Enabling both identity expression and community building" (*Papacharissi* 2011, S. 305) lassen diese Innovationen die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem verschwimmen (vgl. *Papacharissi* 2009, S. 230ff.; *Papacharissi* 2011, S. 304ff.; *Qualman* 2012) und leisten in fast allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen politischen Ebenen einschließlich der globalen einer kommunikativen Ermächtigung von Bevölkerungsteilen Vorschub, die bislang auf die Empfängerrolle beschränkt waren und von überkommenen Kommunikationseliten einer schweigenden und daher mit ihren Darstellungen tendenziell einverstandenen Mehrheit zugeordnet werden konnten (vgl. *Volkmer* 2011; *Volkmer* 2014; *Zubair Khan* 2014, S. 41ff.).
– Mit der technischen Fortentwicklung des Internets sind auch neue Formen der Artikulation politischer Meinungen entstanden, die als „niederschwellige Partizipation" bezeichnet werden (vgl. *Jöckel*/*Kamps*/*Potz* 2014, S. 153). Dazu zählen das Liken politischer Stellungnahmen und die Unterstützung von Onlinepetitionen als Aktionen, die nur geringen Aufwand erfordern und dennoch Wirkung entfalten können, wenn sich ihnen viele Teilnehmer anschließen. Schon früh erkannt worden sind die damit verbundenen Möglichkeiten von transnational agierenden Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace oder Transparency International (vgl. *Brundin*, S. 161ff.; *Meißelbach* 2009, S. 104ff.), welche die Netzwerke nutzen, um „ihre Interessen in der Öffentlichkeit mit möglichst geringen Kosten möglichst weit zu streuen und Unterstützer zu mobilisieren" (*Meißelbach* 2009, S. 104).
– Die Vorteile, die Web 2.0-Anwendungen im Rahmen bürgerschaftlichen Widerstands bieten, sind durch den sogenannten „Arabischen Frühling" in den Blickpunkt geraten, wo diese eine „wichtige Rolle als Multiplikator, Koordinator und Verstärker der Proteste" spielten (*Demmelhuber* 2013, S. 228). Gelegentlich ist in diesem Zusammenhang sogar überhöhend von „Twitterrevolution" oder „Facebookrevolution" die Rede (*Demmelhuber* 2013, S. 229; *Richter* 2013, S. 157).
– In Deutschland haben die zwischenzeitlich neu aufgeflammten „Anti-Atom-Proteste" und die „Dauermobilisierung gegen Stuttgart 21" (*Roth* 2011, S. 66ff.) einen ähnlichen Effekt gehabt und dabei auch den Wert von mobilen Endgeräten wie Handys und Smartphones und Diensten wie SMS und Twitter für die Initiierung und Koordinierung politischer Aktionen aufgedeckt. Als fortschrittliches politisches Projekt, das primär auf Mobilkommunikation setzt, gilt die App Berlin gegen Nazis (vgl. *Verein für demokratische Kultur in Berlin* 2015). Sie wird vom Verein für demokratische Kultur in Berlin getragen und soll dazu dienen, ihre Nutzer über Aktionen der rechtsextremen Szene zu informieren und dagegen gerichtete Aktivitäten auszulösen und zu organisieren.
– In dem Maße, wie zivilgesellschaftliche Akteure Einfluss auf die Gestaltung der politischen Agenda gewonnen haben, sind die Möglichkeiten der überkommenen Mas-

senmedien und der mit ihnen verbündeten Politiker geschwunden, die Themen des politischen Diskurses zu bestimmen und allgemeinverbindlich zu interpretieren (vgl. *Eumann* u.a. 2013, S. 10ff.). Damit ist nicht nur die kommunikative Monopolstellung regierungstreuer Rundfunkanstalten in weniger gefestigten Demokratien wie Russland oder Ungarn ins Wanken geraten, auch in Nordamerika und Westeuropa bilden sich in dieser Hinsicht neue Machtkonstellationen heraus. Zurückzuführen ist dies nicht allein auf die technisch induzierte Entstehung alternativer Öffentlichkeiten, sondern auch auf Wechselwirkungen zwischen den überkommenen Massenmedien und der Internetkommunikation (vgl. *Demmelhuber* 2013, S. 241; *Pörksen* 2015, S. 11; *Stanyer* 2009, S. 200ff.). Auch in Deutschland, wo die Nähe zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern und etablierten Parteien sehr groß ist, können sich Nachrichtensendungen und Fernsehmagazine immer weniger auf die Wünsche von Politikern einlassen, weil sie ansonsten Gefahr laufen, etwa durch Mailinglisten, Blogs oder Videobeiträge überholt zu werden und an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

- Wo wie in der Türkei seitens einer autoritären Obrigkeit versucht wurde, einer bürgerschaftlichen Opposition die Informations-, Kommunikations- und Koordinationsmöglichkeiten digitaltechnischer Verfahren durch die Blockierung von Diensten vorzuenthalten, hat man erkennen müssen, dass die technischen Eigenschaften und die globale Struktur der elektronischen Netzwerke solche Bestrebungen tatsächlich weitgehend ins Leere laufen lassen (vgl. *Demmelhuber* 2013, S. 236ff.; *Kasapoglu* 2015; *Sarcinelli* 2012, S. 445).
- Diskursive Verfahren, die gänzlich oder partiell internetbasiert ablaufen, sind auf dem Vormarsch. Zu den weit verbreiteten deliberativen Beteiligungsinstrumenten zählt der Bürgerhaushalt (vgl. *Bürgerhaushalt.org* 2015), welcher zuerst im brasilianischen Porto Alegre erprobt worden ist (vgl. *Albers* 2015; *Franzke*/*Kleger* 2010, S. 9ff.). Dieser soll der Bürgerschaft „Beteiligung an der Macht" (*Rupp* 2003, S. 1126) bieten, indem ausgewählte Teile der kommunalen Haushaltsplanung zu ihrer Disposition gestellt werden. Weil die dabei erzielten Ergebnisse keinen verbindlichen Charakter haben, sondern letztlich lediglich Empfehlungen darstellen, die von den zuständigen Repräsentativorganen aufgenommen oder aber auch vernachlässigt werden können, tangiert dieses Instrument die Entscheidungsebene nicht. Auch in Deutschland haben viele Städte Bürgerhaushalte eingeführt. Während die Berliner Variante Onlineelemente und Bürgerversammlungen verbindet, wird der Kölner Bürgerhaushalt durchgängig digital abgewickelt (vgl. *Märker*/*Wehner* 2008, S. 67f.).
- Das Konzept der Liquid Democracy, das fließende Übergänge zwischen direkter und indirekter Demokratie vorsieht und basisdemokratische Entscheidungen repräsentationsbasierten tendenziell vorzieht, findet in unterschiedlichen politischen Organisationen Anwendung (vgl. *Liquid Democracy Verein* 2015; *Litvinenko* 2012, S. 403ff.; *Paetsch/Reichert* 2012, S. 15ff.). Allen voran sind hier die Piratenparteien zu nennen, die sich in allen Teilen der Welt von Australien über Brasilien, Deutschland, Japan und Südkorea bis hin zu Weißrussland herausgebildet haben (vgl. *Bieber* 2012a, S. 27ff.; *Dachverband Piratenparteien International* 2015; *Neumann* 2011, S. 11ff.). Ihre Anhänger wollen Liquid Democracy nicht nur organisationsintern, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verwirklicht sehen.
- Das Nachdenken über die Voraussetzungen und Folgen der Internetkommunikation hat zur Herausbildung eines neuen Politikfelds und damit zu einer inhaltlichen und personellen Anreicherung des demokratischen Diskurses geführt. Dabei adressiert

Netzpolitik keineswegs exklusiv technologiepolitische oder telekommunikationspolitische Fragen, sondern weist in einer Zeit, in der immer mehr zentrale soziale Funktionen in elektronische Netzwerke verlagert werden, genuin gesellschaftspolitische Aspekte auf (vgl. *Deutscher Bundestag* 2013, S. 6; *Netzpolitik.org* 2015; *Schünemann* 2012, S. 9ff.).

In dem Maße, wie die Grenzen der ökonomischen Rationalität als dominierende Logik gesellschaftlicher Organisation offenkundig geworden und als neoliberal bezeichnete Politiken angesichts zunehmender sozialer Verwerfungen in die Kritik geraten sind, sind die Zweifel an den positiven politischen Folgen einer weitgehend dem wirtschaftlichen Wettbewerb überlassenen Fortentwicklung der Netzwelt gewachsen.

Während die marktorientierte Variante des Netzoptimismus an Glaubwürdigkeit verloren hat, konnte die zivilgesellschaftlich orientierte ihre Glaubwürdigkeit bewahren. Denn Verfechter einer solchen Position können zur Untermauerung ihrer Thesen nicht nur auf die wachsende Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen und Nonprofitorganisationen bei der Setzung und Interpretation von politischen Themen und der Durchführung von Kampagnen verweisen, sondern auch auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Weiterentwicklung der organisatorischen und technischen Infrastruktur der Informationsgesellschaft. Hier sind etwa die Open Source-Bewegung zu nennen, die Verfahren zur Fortentwicklung der digitalen Enzyklopädie Wikipedia oder Organisationen wie der Chaos Computer Club, die exklusiv netzpolitische Ziele verfolgen. Sollte Jeremy Rifkin recht behalten, werden sich in einem späteren Stadium der digitalen Informationsgesellschaft sogar netzbasierte Produktionsformen herausbilden, in denen Zivilgesellschaft und Wirtschaft als gleichwertige Partner zusammenwirken (vgl. *Rifkin* 2011).

6 Zum Netzneutralismus

Dass die Autoren, die von *Buchstein* dem neutralistischen Lager zugeordnet werden, auch die Gefahren thematisiert haben, die dem demokratischen Gemeinwesen aus den informationstechnischen Innovationen erwachsen, erscheint aus der Retrospektive als entscheidender Beitrag zum Verständnis des Verhältnisses von Demokratie und Digitalisierung. Zur Tragfähigkeit einzelner Aussagen ist folgendes anzumerken:

- Die Vorstellung von einer Digital Divide und daraus erwachsenden Partizipationsasymmetrien besitzt als Gegenbild zur Vision einer Gesellschaft, in der ein universeller Zugang zu Wissensbeständen, Diskursen und Entscheidungsprozessen für vergleichbare Beteiligungschancen sorgt, bis heute Plausibilität. Dies gilt schon im Hinblick auf technisch hochentwickelte Länder. So sind auch in Deutschland zwar die meisten, aber noch längst nicht alle Bürgerinnen und Bürger in die Internetkommunikation eingebunden. Und gerade viele „Digital Immigrants“ (*DIVSI* 2013, S. 10), also Menschen, die nicht mit den digitalen Informationstechnologien groß geworden sind, sondern sie erst in einer späteren Lebensphase kennengelernt haben, stehen eher ratlos vor den immensen Dimensionen der virtuellen Welt und den Möglichkeiten der Netzkommunikationen, von denen sie nur einen Bruchteil nutzen.
- Hinsichtlich unterentwickelter Länder stellt sich diese Problematik noch weitaus größer dar. Obwohl die Verbreitung von Mobilfunktechnologien etwa in Afrika und Lateinamerika durchaus Verbesserungen gebracht hat, führt doch schon allein der dort

anzutreffende Analphabetismus als wohl gravierendstes aller Bildungsdefizite dazu, dass große Bevölkerungsteile dauerhaft aus der Netzwelt ausgeschlossen bleiben (vgl. *UNESCO* 2015). Und dort, wo Menschen Zugang über Handys oder Smartphones erhalten, verfügen sie damit noch längst nicht über die Möglichkeiten eines an das Breitbandnetz angeschlossenen und mit einem lokalen Netz ausgestatteten mitteleuropäischen Haushaltes, in dem unterschiedliche Endgeräte vom Festplatzrechner über den internetfähigen Fernseher bis hin zu Laptops und Tablets gleichzeitig bereitstehen.

- Es sind zwar viele neue Kanäle entstanden, die zur Erweiterung und Vertiefung der Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträgern auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite in Betracht kommen, intensive Dialoge zwischen Repräsentanten und Repräsentierten lassen bislang aber auf sich warten (vgl. *TAB* 2006, S. 134ff.; *Meißelbach* 2009, S. 109f./120f.). *Christoph Meißelbach* führt dies darauf zurück, dass es der etablierten Politik an einem „erweiterten Partizipationsverständnis" fehlt (*Meißelbach* 2009, S. 109), und dass das „egalisierende Potential" der Netzkommunikation „von den Mächtigen mehr als Gefahr denn als Chance" betrachtet wird (*Meißelbach* 2009, S. 121).
- Gesellschaftliche Segmente, etwa gebildete Schichten, die schon früher mehr Mitsprachemöglichkeiten als andere hatten, sind im Internet überrepräsentiert (vgl. *Marien/Hooghe/Quintelier* 2010, S. 131ff.; *Zillien*/*Haufs-Brusberg* 2014, S. 79). Abgesehen davon, dass auch neue „Informationseliten" (*Brynjolfsson* 2015; *Schenk*/*Wolf* 2006, S. 258) entstanden sind, von denen sich einige als eine Art digitale Avantgarde mit politischem Anspruch profiliert haben[1], spiegeln sich daher in vielen Bereichen der Netzwelt altbekannte soziale Asymmetrien wider. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass „Regierungen, Parteien und Politiker" das Netz vermehrt „zur personen- und themengebundenen Selbstdarstellung" nutzen (*Bleicher* 2010, S. 25).
- Wo sich der Kreis der Mitwirkenden erweitert, haftet Formen der niederschwelligen Partizipation das Stigma von Minderwertigkeit an, was abwertende Begriffe wie „Slacktivism" oder „Clicktivism" deutlich machen (*Cage* 2015; Jöckel/Kamps/*Potz* 2014, S. 153). Gelegentlich wird sogar bezweifelt, dass das Liken einer politischen Stellungnahme oder die Unterstützung einer Onlinepetition vom heimischen Rechner aus überhaupt mehr sein kann als ein „Happening" (*Wewer* 2014, S. 110), eine „Alibiveranstaltung" (*Wagner*/*Brüggen* 2012, S. 21) oder ein „Wellnessprogramm" (*Reinhardt* 2012, S. 283) für Menschen ohne nennenswertes politisches Interesse.
- Selbst der Wert digitaltechnisch gestützter Deliberationen, die zumeist im lokalen Bereich angesiedelt sind, ist umstritten. Angriffsfläche bietet dabei neben der fehlenden Bindungswirkung von Ergebnissen die verschwindend geringe Bedeutung, die solchen Verfahren im Vergleich mit politischen Prozessen zukommt, die auf nationaler und internationaler Ebene ohne Einbezug und partiell sogar ohne Wissen der Bürgerschaft ablaufen (vgl. *Jessen* 2011, S. 10; *Pink*/*Bode* 2010 S. 45ff.). In diesem Sinne kann hinsichtlich der Situation europäischer Staaten die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die Äußerungen von Bürgerinnen und Bürgern zu überschaubaren Teilen kommunaler Haushaltsplanung ins Gewicht fallen, wenn nationale Regierungen und weitgehend autark agierende europäische Einrichtungen gleichzeitig finanzpolitische Entscheidungen treffen, die nationale Haushalte mit Milliardensummen belasten können, und selbst in dem Fall, dass es dazu nicht kommt, immer noch eine gravierende Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums nach sich ziehen.

- Die Orientierung am Leitbild von Liquid Democracy stellt organisationsintern nach wie vor eine seltene Ausnahme dar und spielt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene keine Rolle. Die Piraten, die wie keine andere Partei für dieses Konzept stehen, haben zwar „einige Achtungserfolge bei Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene" erringen (*Roleff* 2012, S. 20), sich aber weder hierzulande noch anderswo zu einer bedeutsamen politischen Kraft entwickeln können (vgl. *Bieber* 2012a, S. 27ff.; *Roleff* 2012, S.14ff.).
- Die Warnungen vor einer wachsenden verbalen Aggression und der Verbreitung demokratische Grundwerte verletzender Inhalte haben sich inzwischen als nur zu berechtigt erwiesen. Neben Cybermobbing, das gelegentlich auch in politischen Kontexten eine Rolle spielt, und Flaming, durch das politische Gegner eingeschüchtert und mundtot gemacht werden sollen, sind in jüngster Zeit Phänomene getreten, deren neue Qualität Schlagzeilen wie „Internet als Pranger" (*Gutschker*/*Giammarco* 2015, S. 1), „Cyberterror" (*Costigan* 2015, S. 10; *Rieger* 2015, S. 45) oder „Menschenjagd im Internet" (*Gutschker*/*Giammarco* 2015, S. 1) veranschaulichen. Sogenannte „Cyber-Dschihadisten" (*Blume* 2015, S. 26) veröffentlichten persönliche Daten von französischen Soldaten und ihren Angehörigen in sozialen Netzwerken (vgl. *Gutschker*/*Giammarco* 2015, S. 1; *Rieger* 2015, S. 45), nachdem Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat Videos von der Ermordung von Journalisten und anderen Geiseln auf You Tube präsentiert hatten (vgl. *Onyanga-Omara*/*Leinwand-Leger* 2015, S. 1f.). Und Deutsche, die sich rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Bewegungen entgegenstellen, sehen sich immer öfter einem „Klima der Angst und Einschüchterung" (*Klingst* 2015, S. 4) ausgesetzt, bei dessen Erzeugung die Netzkommunikation eine zentrale Rolle spielt. So wurden Personen, die sich für die Aufnahme und Integration von Asylanten engagieren, per anonymer SMS bedroht, und Twitter und Facebook wurden benutzt, um gefälschte Todesanzeigen von missliebigen Lokalpolitikern und Journalisten in Umlauf zu bringen (vgl. *Klingst* 2015, S. 4).
- Dass die informationstechnischen Innovationen nicht nur zu einer Informationsexplosion, sondern auch zu einer exponentiellen Ausweitung von Kommunikationsoptionen geführt haben, steht fest (vgl. Bolz 2012, S. 29ff.; Reinermann 2014, S. 61ff.). Über die Frage, ob dadurch Orientierungsprobleme entstanden sind, die populistische und demagogische Bewegungen begünstigen, lässt sich dagegen nur spekulieren; zu zahlreich sind hier die Einflussfaktoren und zu komplex die Wechselwirkungen. Dafür, dass ein solcher Zusammenhang aber auch nicht einfach von der Hand zu weisen ist, sprechen die „schiere Menge von Material, Accounts und Plattformen" (Musharbash 2015, S. 26) von militanten Islamisten, Rechtsradikalen, Pegida-Aktivisten und anderen Gruppierungen, die im Internet geschlossene Ideologien und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme propagieren, und die Verzahnung von Aktivitäten im Netz mit Aktionen in der sogenannten realen Welt, die von Flashmobs bis zu Großkundgebungen reichen.
- Eine nationale Öffentlichkeit und erst recht eine europäische oder gar weltweite Öffentlichkeit waren niemals mehr als Fiktion oder Wunschdenken (vgl. Marschall 1999, S. 109ff.). Was zur Organisation demokratischer Gemeinwesen in modernen Massengesellschaften zur Verfügung steht, kann eher als Netz sich überlappender Öffentlichkeiten beschrieben werden, das seit der Verbreitung des Fernsehens von diesem dominiert und seit der Verbreitung des Internets von Diensten wie Websites und Elektronischer Post mitgeprägt wird. Dass sich dieses Netz in der Vergangenheit im-

mer weiter ausgedehnt, Risse bekommen und die Tendenz gezeigt hat, an den Rändern auszufransen, ist offensichtlich (vgl. Grunwald u.a. 2006, S. 10ff.; Hasebrink/Hölig 2014, S. 16ff.; Schaal 2014, S. 117). Ursächlich dafür waren vor allem rasante Differenzierungsprozesse bei den digitalen Medien, die Printmedien wie die herkömmliche Zeitung zunehmend an den Rand drängen. Der bislang letzte Schub der Auflösung des öffentlichen Raums resultiert aus der Ausbreitung des Web 2.0. In dem Maße, wie sich ehemals weitgehend passive Nutzer als Gestaltungsgrößen im Netz etablieren können, wächst das „Gemisch aus Mail- und Forendiensten", welche „öffentliche bzw. gruppenöffentliche Kommunikation mit der Möglichkeit kombinieren, persönliche Nachrichten auszutauschen" (Beckmann 2012, S. 181). Noch verschärft wird die Problematik dadurch, dass gerade Angehörige nachwachsender Generationen den Angeboten der überkommenen Massenmedien zunehmend den Rücken kehren (vgl. ARD/ZDF 2015).

- Das von Buchstein mit „Panoptifizierung" (*Buchstein* 1996, S. 587) umschriebene Szenario einer gläsernen Gesellschaft, in der Kommunikationsteilnehmer mit unliebsamen politischen Einstellungen identifiziert, diskriminiert und diszipliniert werden können, konkretisiert sich heute so deutlich, dass viele darin sogar die größte Gefahr für die demokratische Willensbildung sehen. Ursächlich dafür, dass der Verlust von Privatheit inzwischen zu einem Merkmal der modernen Gesellschaft geworden ist, sind unterschiedliche Faktoren. Erstens führt der Umstand, dass immer mehr Menschen Zugang zu einem zunehmend leistungsfähigen Internet gefunden haben, auch dazu, dass immer mehr digitale Spuren hinterlassen werden, die ausgewertet und zu Persönlichkeitsprofilen verdichtet werden können (vgl. *FOKUS* 2014, S. 11). Zweitens ermöglicht die rasante Verbreitung einer mit der Festnetzkommunikation verkoppelten Mobilkommunikation inzwischen auch die Erstellung von Bewegungsprofilen (vgl. *FOKUS* 2014, S. 11). Und drittens dringen die technischen Innovationen immer tiefer in immer mehr Lebensbereiche ein (vgl. *Schmitt* 2014, S. 29), wovon Metaphern wie das „intelligente Haus" (*Bachmann* 2014, S. 12), die „intelligente Uhr" (*Cap* 2014, S. 959), das „Auto als fahrender Hochleistungscomputer" (*Eicher*/*Sipple* 2014, S. 18, vgl. auch *Köhler* 2014, S.15ff.) oder die „vernetzte Stadt" (*Läsker* 2014, S. 26) künden.
- Die Möglichkeit, Informationen zu einzelnen Gesellschaftsmitgliedern zu sammeln und zu Profilen zu verbinden, haben vor allem Konzerne wie Facebook, Google oder Acxiom, eine Firma, die nur wenigen bekannt ist, aber dennoch Daten zu mehr als fünf Millionen Konsumenten gehortet hat und diese nutzt, um jedes Jahr über zweihunderttausend Werbekampagnen zielgruppengerecht auszusteuern (vgl. *Mc Laughlin* 2013, S. 24). So lange solche Unternehmen sich auf die Verfolgung ökonomischer Ziele beschränken, sind die Auswirkungen ihrer Machtstellung auf die demokratische Willensbildung noch indirekter Natur. Direkt äußern sie sich aber dort, wo Internetkonzerne mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, etwa mit in den Vereinigten Staaten beheimateten Geheimdiensten, die sich auch selbst intensiv mit der Erfassung und Auswertung digitaler Netzkommunikation befassen (vgl. *Bauerlein/Jeffery* 2015; *Bewarder*/*Graw* 2013, S. 6; *Hildebrandt*/*Krupka* 2013, S. 5).
- Erhalten Sicherheitsbehörden die Möglichkeit, detaillierte Persönlichkeitsprofile von mehr oder weniger willkürlich ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zu generieren und ohne gravierenden Anlass und richterliche Genehmigung Abhöraktionen durchzuführen, wird der demokratische Willensbildungsprozess dadurch nicht nur gestört,

sondern grundsätzlich in Frage gestellt. Denn Privatheit ist eine Voraussetzung von Freiheit und Freiheit eine Voraussetzung von Partizipation. In gefestigten Demokratien wie der deutschen kann die Identifizierung von Kommunikationsteilnehmern mit unliebsamen politischen Einstellungen etwa Karrierenachteile nach sich ziehen, in weniger entwickelten Demokratien ohne tragfähiges rechtsstaatliches Fundament drohen noch weitaus härtere Sanktionen bis hin zu Körperverletzung und Freiheitsentzug.

- Dabei ist die demokratische Willensbildung nicht erst dann gefährdet, wenn Geheimdienste ihr Wissen über einzelne Gesellschaftsmitglieder nutzen, um deren Verhalten zu manipulieren oder ihnen die Rechnung für ihre Aufsässigkeit zu präsentieren. Wie auch schon bei der Begründung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung festgestellt wurde, reicht dazu schon aus, dass politisches Engagement in der Bürgerschaft tendenziell als riskant empfunden wird, weil es jederzeit an die Oberfläche gebracht und möglicherweise geahndet werden kann (vgl. *Cap* 2014, S. 958; *Papier* 2012, S. 67ff.).
- Die Warnung vor einer Marginalisierung der politischen Potentiale der Netzkommunikation in der Folge einer Kommerzialisierung des Internets hat sich dagegen als unbegründet erwiesen (vgl. Reedy/Wells 2009, S. 157ff.; Sarcinelli 2012, S. 440ff.). Obwohl die wirtschaftliche Bedeutung, die der virtuellen Welt inzwischen zukommt, wohl die kühnsten Erwartungen übertroffen hat, ist der politischen Nutzung des Internets dadurch kein Ende bereitet worden.
- Dies bedeutet aber natürlich nicht, dass die Kommerzialisierung an der demokratischen Willensbildung spurlos vorübergegangen wäre. Neben den Konsequenzen, die aus der massenhaften Sammlung von Daten zu Zwecken der Profilbildung resultieren, sind hier weitere Phänomene in den Blick zu nehmen, die sich subtiler darstellen und deren Bedeutung erst ansatzweise erforscht ist. Dazu gehört die Tatsache, dass soziale Netzwerke und allen voran Facebook maßgeblich darüber mitbestimmen, welche Nachrichten im Internet Verbreitung finden, und damit auch darüber, wie die Welt von den Teilnehmern wahrgenommen wird (vgl. Hamann 2015, S. 21; Marichal 2012; Ochmann 2015, S. 127). Dazu zählt der Umstand, dass Suchmaschinen und allen voran Google als selektierende Filter wirken und damit ebenfalls zur Konstruktion sozialer Realität beitragen, ohne dass sich die meisten Nutzer dessen bewusst sind (vgl. Kink/Hess 2007, S. 298ff.; Röhle 2007, S. 127ff.; Worstall 2015). Und dazu gehört die Tatsache, dass auch sogenannte native Apps – also Handyprogramme, die sich nicht wie Webapps ohne gesonderte Installation im Browser aktivieren lassen, sondern von einem Hersteller wie Apple bezogen werden (vgl. Beckmann 2012, S. 176ff.; ISPRAT 2014, S. 4) – strukturierend in ehemals gestaltungsoffene Computerwelten und Interaktionsräume eingreifen.

Wie eingangs dargelegt, erschöpfen sich die Annahmen des Netzneutralismus nicht in der Überzeugung, dass den Chancen, welche die Netzkommunikation zur Fortentwicklung des demokratischen Gemeinwesens bietet, eine Fülle von Gefahren gegenübersteht. Es wird zudem unterstellt, dass gezielte Interventionen die Möglichkeit eröffnen, die Chancen produktiv zu machen und die Risiken zu beherrschen. Was diesen Aspekt angeht, ergeben die in den beiden vergangenen Dekaden gesammelten Erfahrungen kein eindeutiges Bild. Einige Befunde sprechen dafür, dass solche Einflussmöglichkeiten tatsächlich bestehen und auch bereits erfolgreich genutzt werden konnten:

- Dass Maßnahmen wie der Ausbau der Breitbandverkabelung (vgl. etwa *Sauret* 2012, S. S. 120; *Sonder* 2015, S.12f.; *Weiler* 2012, S. 257ff.), die Unterstützung einheitlicher technischer Standards und Datenformate (vgl. *Schwärzer* 2012, S. 86ff.; *Wimmer* 2012, S. 192ff.), die Bereitstellung von Basiskomponenten (vgl. etwa *Eifert* 2004, S.120; *Winkel* 2007a, S. 165ff.) oder die Förderung von Medienkompetenz in der Bevölkerung (vgl. *Czernohorsky*/*Weiler* 2012, S. 321ff.) dazu beigetragen haben, die Proportionen von Offlinern und Onlinern in modernen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland innerhalb weniger Jahre zugunsten der letztgenannten Kategorie zu verschieben, erscheint plausibel. Dass Förderprogramme geholfen haben, vielen Menschen in unterentwickelten Ländern, die lange von der Internetnutzung ausgeschlossen waren, einen bescheidenen Zugang über stationäre und insbesondere mobile Endgeräte zu verschaffen (vgl. *Cyranek* 2014, S. 143ff.; *OECD*/*ITU* 2011, S. 17ff.), lässt sich wohl ebenso wenig bestreiten. Und dass die rasant gewachsene Zahl der Internetauftritte von Regierungen, Verwaltungen, Parlamenten und Parteien und die Bereitschaft, Datenbestände im Sinne von Open Government öffentlich zugänglich zu machen (vgl. *Coglianese* 2009, S. 522ff.; *Hagen*/*Kubicek*, S. 32f.; *Shkabatur* 2013, S.79ff.), Informationsasymmetrien prinzipiell entgegenwirken, steht ebenfalls zu vermuten.
- Die Fortexistenz des Politischen in einer sich zunehmend kommerzialisierenden virtuellen Welt kann durchaus zu staatlichen und kommunalen Programmen in Bezug gesetzt werden, die internetgestützte Deliberation fördern, oder zu netzpolitischen Erfolgen wie der Aufrechterhaltung von Netzneutralität (vgl. *Wolff* 2015, S. 1f.) und der „vereitelten rundfunkrechtlichen Einführung einer Internetfilterung im Namen des Jugendmedienschutzes“ (*Grassmuck* 2014, S. 77). Dass hier eine zentrale oder gar die entscheidende Ursache für die Aufrechterhaltung politischer Räume im Internet liegt, wird allerdings wohl auch niemand unterstellen wollen.

In anderen Bereichen ist es entgegen der netzneutralistischen Erwartung offensichtlich nicht gelungen, Gefahren zu entschärfen, die der Demokratie aus der Netzkommunikation erwachsen:

- So sind verbale Aggression und die Verbreitung menschenverachtender und verfassungsfeindlicher Inhalte bis hin zu Aufrufen zum Völkermord inzwischen zu einem festen Bestandteil der virtuellen Welt geworden. Staatliche Normen und Appelle (vgl. *Haug* 2010), die Bereitschaft kommerzieller Plattformbetreiber, zur Eliminierung solcher Inhalte mit Behörden zu kooperieren (vgl. *Hamann* 2015, S. 21), und auch zivilgesellschaftliche Projekte wie die Entwicklung der „Netiquette“, eines ethisch fundierten Verhaltenskodexes für die virtuelle Welt (vgl. *Network Working Group* 2015), haben das nicht verhindern können. Und so ist die „Diversifikation von Öffentlichkeit“ (*Sarcinelli* 2012, S. 446), die den zur demokratischen Willensbildung erforderlichen kollektiven Wahrnehmungsfokus in Frage stellt, auch durch ein verstärktes Engagement von Rundfunkanstalten und Verlagen im Internet nicht aufgehalten worden.
- Sehr deutlich zeigt sich die Unfähigkeit, die Netzkommunikation nach demokratieverträglichen Regeln zu gestalten, auch in der Hilflosigkeit gegenüber einer zunehmend effektiven „Überwachungswirtschaft“, die „Privatheit als Handelsware begreift“, und gegenüber Tendenzen, die den Übergang zum „Überwachungsstaat“ begünstigen (*Heckmann* 2014, S. 962). Wer diese Hilflosigkeit auf das Fehlen geeigneter Abwehrinstrumente zurückführt, begibt sich allerdings auf dünnes Eis. Fest steht lediglich,

dass überkommene national basierte Steuerungsmechanismen der Regelsetzung, Kontrolle und Sanktion abweichenden Verhaltens in der virtuellen Welt immer weniger greifen (vgl. *Kutscha* 2010, S.112ff.; *Möller* 2012, S. 309ff.).

- Mehr Erfolg versprechen sich viele vom sogenannten technischen Datenschutz, also von Bestrebungen, die Sicherung der Privatsphäre in technische Lösungen von Beginn an einzubauen (vgl. *Schaar* 2012, S. 363ff.). Prinzipiell möglich ist dies, weil solche Systeme nicht von der Hardware, sondern von der Software bestimmt werden, die keiner fixen technischen, sondern einer disponiblen sozialen Logik folgt. Wie Programmierer sicherstellen können, dass die Kunden einer Internetfirma nur dann Zugang zu deren Leistungen erhalten, wenn sie dem Unternehmen im Gegenzug detaillierten Einblick in ihre persönlichen Verhältnisse gewähren, könnten sie ebenso dafür sorgen, dass auf die Erhebung persönlicher Daten verzichtet und die Speicherung von Verbindungsdaten unterlassen wird. Als Ansatzpunkte, um mehrseitig akzeptablen Softwarelösungen den Weg zu bereiten, gelten grenzüberschreitend angelegte politische Aktivitäten und überstaatliche Verregelungen (vgl. *Hijmans*/*Langfeldt* 2012, S. 403ff.; *Körner* 2012, S. 426ff.).
- Zudem wäre es prinzipiell möglich, den Internetnutzern Mittel an die Hand zu geben, mit denen sie sich vor der Ausspähung von sensiblen Informationen und Kommunikationsbeziehungen selber schützen können (vgl. *Curry* 2010; *Roßnagel* 2011, S. 3ff.; *Schröter* 2012, S. 345ff.). Die dazu geeignete Basistechnologie ist die elektronische Kryptographie. Diese findet aber vor allem in der Variante der digitalen Signatur Verbreitung, während die Möglichkeiten der Konzelation, also der vertraulichkeitsschützenden Verschlüsselung, im Hintergrund bleiben. Zusammen mit Anwendungen der Anonymisierung und Pseudonymisierung verharrt die Konzelation bis heute weitgehend im Stadium von Verfahren, welche jenseits der Horizonte einer breiten Nutzerschaft angesiedelt und partiell auch schwer handhabbar sind. Forderungen wie die, dass diese Technologien „als legitime Konzepte gesellschaftlich etabliert und fundiert“ werden müssen (*Fromm* 2013, S. 20), sind eher selten zu vernehmen. Eliten in Politik und Wirtschaft machen sich die Vorteile solcher Systeme allerdings durchaus zunutze, etwa indem sie auf Virtual Private Networks ausweichen oder bei Spezialfirmen abhörsichere Handys in Auftrag geben (vgl. *Fischermann* 2013, S. 26; *Hamann* 2014, S. 23; *Martin-Jung* 2013, S. 5).
- Festzuhalten ist hier schließlich auch, dass es selbst in Staaten mit langer demokratischer Tradition wie der Bundesrepublik Deutschland an einer effektiven Kontrolle von Geheimdiensten fehlt, wobei offen bleibt, ob diese nicht gewollt oder schlichtweg nicht möglich ist (vgl. *Bittner*/*Musharbash* 2013, S. 3; *Lau* 2015, S. 5; *Obermaier* 2014, S. 5). Die Eigendynamik von Geheimdiensten ist kein neues Phänomen, aber es gewinnt in einer Gesellschaft, in der immer mehr Kommunikationsbeziehungen in die Netzwerke verlagert und damit nachvollziehbar und abhörbar werden, eine völlig neue Dimension.
- Besonders bedrohlich erscheint dieser Befund angesichts der jüngsten Fortentwicklungen auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz. Während die National Security Agency, der größte Geheimdienst der Vereinigten Staaten, nach Medienberichten bereits heute in der Lage ist, den Internetverkehr fast vollständig aufzuzeichnen (vgl. *Randow* 2013, S. 31), fehlte es ihr und anderen Geheimdiensten aber bislang noch an geeigneten Instrumenten, um die riesigen Datenmassen auszuwerten. Die Möglichkeit dazu könnten ihnen aber schon bald selbstlernende Computerprogramme eröffnen, die

in der Wirtschaft bereits heute eine Rolle spielen und im Rahmen der Diskussion um Big Data noch vor nicht allzu langer Zeit einseitig positiv beurteilt worden sind (vgl. *IBM Institute* 2012; *Lynch* 2008, S. 28ff.).

7 Zum Netzpessimismus

Was die retrospektive Betrachtung netzpessimistischer Positionen angeht, sind folgende Befunde und Überlegungen zu berücksichtigen:

- Die rasante Vermehrung von Netzzugängen in fast allen Weltregionen, der enorme Zuwachs an politisch relevanten Informationsquellen und Kommunikationsoptionen, die damit einhergehende Ausweitung politischer und zivilgesellschaftlicher Aktionsfelder einschließlich der Entstehung von Netzpolitik, die Relativierung der dominierenden Rolle überkommener Massenmedien und die Resistenz der Internetkommunikation gegenüber obrigkeitsstaatlichen Blockierungsversuchen zählen zu den Phänomenen, die sich mit einer netzpessimistischen Sicht nur schwer vereinbaren lassen.
- Während die zur Untermauerung der netzoptimistischen Position geeigneten Befunde und Interpretationen die netzpessimistische Sicht tendenziell in Frage stellen, stützen die Kratzer und Flecken im Bild der virtuellen Welt, das der Netzneutralismus vermittelt, auch die pessimistische Position. Dies gilt bereits für den Umstand, dass das Szenario einer Digital Divide und einer damit verbundenen „Democratic Divide“ (Min 2010, S. 22; Zillien/Haufs-Brusberg 2014, S. 91) nicht nur im Hinblick auf unterentwickelte Gesellschaften weiterhin Brisanz besitzt, sondern auch auf Länder in Nordamerika und Europa, wenn man nicht nur nach Zugang oder Nichtzugang, sondern zudem nach Art des Zugangs und Intensität der Nutzung differenziert (vgl. DIVSI 2013, S. 33ff.; D21 2014, S. 15ff.; Zillien/Haufs-Brusberg 2014, S. 74ff.).
- Die Flut von „Unsachlichkeit bis hin zu grober Unflätigkeit“ (Weinhardt/Teubner 2014, S. 103), die mit dem Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft zusammen mit verfassungsfeindlichen und kriminellen Inhalten in den politischen Diskurs geschwappt ist, und die Unfähigkeit, diesen davon wieder zu befreien, können als weitere Belege für die Validität netzpessimistischen Denkens betrachtet werden. Nichts anderes gilt im Hinblick auf die aus Komplexitätserhöhungen erwachsenden Orientierungsprobleme, auch wenn sich deren Folgen nicht eindeutig bestimmen lassen, auf den sukzessiven Zerfall eines kollektiven gesellschaftlichen Aufmerksamkeitsfokusses, der aus der Relativierung der Rolle der überkommenen Massenmedien durch das Internet resultiert, auf die zunehmend widerspruchslos hingenommene Praxis von Internetkonzernen, „unser Leben mit Hilfe unserer Daten zu quantifizieren, um uns zu vermessen und zu berechnen“ (Hofstetter 2015, S. 11), und auf als „Hüter des Ausnahmezustands“ (Assheuer 2013, S. 36) agierende Sicherheitsbehörden, die bürgerschaftliche Schutzräume immer weniger akzeptieren und damit das Vertrauen in Staat und Demokratie unterminieren.
- Vor allem ist festzuhalten, dass das zentrale netzpessimistische Argument noch immer Aktualität besitzt, nach dem sich eine zunehmend internetbasierte Gesellschaft in vielerlei Hinsicht in eine Welt der schlechten Alternativen verwandelt, in der man eine Fehlentwicklung oft nur unter Inkaufnahme einer anderen nicht weniger gravierenden vermeiden kann. Dies offenbaren bereits die wachsenden Spannungen zwi-

schen den Anforderungen, die aus der zunehmenden Informationsflut erwachsen, und den Belangen der Aufrechterhaltung einer politischen Öffentlichkeit. So wirken Diskursplattformen, elektronische Zeitungen und gruppenspezifisch genutzte Suchmaschinen zwar der Gefahr entgegen, dass die zunehmende Komplexität der virtuellen Welt in der Bürgerschaft zu Orientierungsverlusten führt, andererseits leisten sie aber auch einem weiteren Zerfall der Öffentlichkeit Vorschub, weil sie selbst zu den Triebkräften der medialen Ausdifferenzierung gehören. Die Frage, wie man beides zugleich haben kann – also sowohl gut informierte und politisch handlungsfähige Gesellschaftsmitglieder als auch eine öffentliche Sphäre, die in der Massengesellschaft als Basis der demokratischen Willensbildung dienen kann – steht damit weiter im Raum.

- Dass die fortschreitende Verlagerung sozialer Funktionen in elektronische Netzwerke eine vormals durch das Strukturprinzip des Sowohl-als-auch bestimmte Gesellschaft immer mehr zu einer Entweder-oder-Gesellschaft werden lässt, manifestiert sich besonders deutlich in dem zunehmend brisanten Verhältnis zwischen dem bürgerschaftlichen Recht auf liberalen Freiraum einerseits und dem staatlichen Ordnungsanspruch andererseits. Während den Ermittlungsmöglichkeiten seiner Sicherheitsbehörden und damit auch dem Herrschaftsanspruch des Staates in der Vergangenheit bereits durch technische Restriktionen Grenzen gesetzt waren, ist mit dem Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft eine lückenlose Überwachung fast aller Lebens- und Arbeitsbereiche technisch möglich geworden. In dem Maße, wie diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, droht eine „Suspendierung liberaler Grund- und Abwehrrechte“ mit fatalen Folgen für das demokratische Gemeinwesen (Schaal 2014, S. 114).
- Gleichzeitig existiert mit der vertraulichkeitsschützenden elektronischen Kryptographie aber auch eine Technologie, die einen zuverlässigen Schutz vor der Ausspähung sensibler Informationen bietet und die Vergabe von Pseudonymen und Anonymisierungsverfahren unterstützt, durch die Kommunikationsakte vor der Kenntnisnahme Dritter bewahrt werden können. Welche Möglichkeiten hier bestehen, zeigen nicht nur die in jüngster Zeit zu beobachtenden Bestrebungen von Eliten in Politik und Wirtschaft, sich mit Hilfe darauf spezialisierter Unternehmen vor Abhören und Überwachung zu schützen, sondern auch Erfahrungen, die in den vergangenen Jahren mit dem sogenannten „Deep Net“ (Setz 2013, S. 39) oder „Dark Net“ (Wiedmann-Schmidt 2014, S. 30) gesammelt worden sind. Dabei handelt es sich um einen mittels eines speziellen Browsers anonym nutzbaren Bereich des Internets, über den man sich nach Berichten von Journalisten sogar „Drogen, Waffen, Killerdienste und Kinderpornographie“ beschaffen kann (Setz 2013, S. 39).
- Im Internet existiert also nicht nur die Welt der herkömmlichen Browser, Suchmaschinen und Plattformen, in der Konzerne den gläsernen Kunden und Sicherheitsbehörden den gläsernen Bürger zum Normalfall werden lassen, sondern auch ein „Anonymität via Design“ bietendes „Parallelnetz“, vor dem „selbst Geheimdienste kapitulieren“ (Setz 2013, S. 39). Damit ist hier neben dem Szenario einer Orwellschen Überwachungsgesellschaft auch das einer radikalliberalen Anarchie denkbar, in dem das einzig geltende Recht das des Stärkeren ist. Was sich bislang aber nicht abzeichnet, ist der Weg in eine digitale Informationsgesellschaft, in der bürgerschaftliche Freiräume und staatliche Ordnungsansprüche als konstituierende Elemente eines demokratischen Gemeinwesens nebeneinander existieren bzw. in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Forderungen nach elektronischen Wahlen, gelegentlich auch nach elektronischen Abstimmungen, waren schon Mitte der neunziger Jahre zu vernehmen und sind bis heute nicht verstummt (vgl. *Bieber* 2012b, S. 354f.; *Marcinkowski*/*Pfetsch* 2009, S. 11ff.; *Meißelbach* 2009, S. 122; *Will* 2002, S. 18f.). Ein für die Einführung von Onlinewahlen häufig vorgebrachtes Argument ist, dass diese geeignet seien, der „Wahlabstinenz junger Bevölkerungsgruppen" (*Bieber* 2012b, S. 357) entgegenzuwirken, und damit einer „kommunikativen Mobilisierung des demokratischen Basisprozesses politischer Wahlen" (*Marcinkowski*/*Pfetsch* 2009, S. 14) Vorschub zu leisten. Aus netzpessimistischer Sicht und auch aus dem Blickwinkel einiger Autoren, die schwerpunktmäßig dem Netzoptimismus oder dem Netzneutralismus zugeordnet worden sind, eigenen sich informationstechnische Innovationen aber lediglich für die unteren Stufen des demokratischen Willensbildungsprozesses. Die Entscheidungsebene soll von ihnen weitgehend unberührt bleiben. Dazu ist folgendes festzuhalten:

- Dieser Forderung bzw. Erwartung wurden die Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre fast durchgängig gerecht. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist man über gelegentliche Experimente mit elektronischen Wahlen nicht hinausgelangt, wobei diese zumeist auch noch außerhalb des staatlichen Bereichs angesiedelt waren (vgl. etwa Bieber 2012b, S. 353ff.; Poelmans 2012, S. 165; Winkel 2007a, S. 168f.).
- Abweichungen von diesem Trend finden sich in Estland, wo Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme bei Kommunalwahlen, Europawahlen und Parlamentswahlen über das Internet abgeben konnten (vgl. Eixelsberger 2010, S. 8ff.; Meagher 2008, S. 349ff.; Mundorf/Reiners 2010, S. 42ff.). Gelegentlich wird auch Brasilien in dieser Hinsicht ein „Spitzenplatz" zugestanden (Cyranek 2014, S. 147, vgl. auch Bieber 2012b, S. 359; Rezende 2004, S.2ff.). Dazu ist aber anzumerken, dass man den Schwerpunkt dort nicht auf die Onlinewahl, sondern auf den Einsatz elektronischer Wahlmaschinen gelegt hat. In der Schweiz wurden sogar Abstimmungen über das Netz durchgeführt (vgl. insb. Schweizerischer Bundesrat 2006, aber auch Fraefel/Neuroni/Brugger 2012, S. 413ff.).
- Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Ablehnung von informationstechnischen Innovationen auf der Entscheidungsebene nicht mehr wie vor zwanzig Jahren legitimiert wird durch Warnungen vor einer aller Symbolkraft entkleideten „Knopfdruckdemokratie" (Buchstein 1996, S. 585) und „Push Button-Abstimmungen" (Buchstein 1996, S. 604), in denen gesichtslose Massen zweifelhafte Entscheidungen treffen, sondern vor allem durch Hinweise auf Sicherheitsprobleme (vgl. Bieber 2012b, S. 360ff.; Feick 2007, S. 233; Hall 2012, S. 153ff.; Kobie 2015). Dass solche Argumente nicht leicht widerlegbar sind, ist schon dem Umstand geschuldet, dass absolute Sicherheit auch in der virtuellen Welt der Netze eine Illusion darstellt.

8 Zusammensicht und Fazit

Auch zwanzig Jahre, nachdem *Hubertus Buchstein* den Diskurs über die demokratischen Potentiale der digitalen Informationstechnologien durch die Einführung der Idealtypen Netzoptimismus, Netzneutralismus, und Netzpessimismus strukturiert hat, lässt sich keine Position durchgängig bestätigen oder widerlegen. Vielmehr wird deutlich, dass alle Sichtweisen einerseits Elemente aufweisen, die auch aus heutiger Sicht noch substanziell er-

scheinen, andererseits aber ebenso Komponenten enthalten, deren Tragfähigkeit durch Entwicklungen der letzten beiden Dekaden in Frage gestellt wird. Dass dabei die Stärken der einen Position auf die Schwachpunkte der anderen verweisen und umgekehrt, liegt in der Natur der Sache.

Der Umstand, dass sich die Machtverhältnisse in der politischen Kommunikation zugunsten der Bürgerschaft verschoben haben und überkommenen Eliten die Herrschaft über die Öffentlichkeit weitgehend entglitten ist, kann als ein besonders gewichtiges Argument zur Bestätigung der optimistischen Sichtweise angeführt werden. Geradezu hellsichtig wirken heute neutralistische Warnungen vor einer Verrohung und Irrationalisierung politischer Diskurse, vor einer Auflösung der politischen Öffentlichkeit und vor der Eskalation von Überwachung sowie netzpessimistische Hinweise darauf, dass die Interventionsmöglichkeiten zur Eindämmung solcher Phänomene begrenzt sind. Letzteres ist im Zusammenhang mit dem Befund zu sehen, dass sich die Gesellschaft mit zunehmender Verlagerung sozialer Funktionen in elektronische Netzwerke – wie von Netzpessimisten unterstellt – tatsächlich in eine Welt der schlechten Alternativen zu verwandeln scheint, in der es immer schwerer fällt, für sich legitime, aber dennoch widerstreitende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Besonders deutlich manifestiert sich dies im zunehmend brisanten Spannungsverhältnis zwischen dem bürgerschaftlichen Anspruch auf individuellen Freiraum und Privatheit auf der einen und dem staatlichen Ordnungsanspruch auf der anderen Seite. Trotz der in den vergangenen Jahren zutage getretenen Gestaltungsrestriktionen sollte die Maxime, nach der die neutralistische Sicht im Zweifel den Vorzug verdient, weil der Glaube an Gestaltbarkeit, den sie transportiert, eine unverzichtbare Voraussetzung erfolgreichen Gestaltens ist (vgl. *Winkel* 1999, S. 46), weiterhin gelten.

Wechselt man die Perspektive und fragt nicht nach der Tragfähigkeit von theoretischen Positionen, sondern danach, wie sich aktuelle und zukünftige Herausforderungen im Lichte von Buchsteins Begriffstrias darstellen, lässt sich nur wenig Konkretes erkennen. Fest steht lediglich, dass der demokratische Willensbildungsprozess zukünftig in vielerlei Hinsicht anders aussehen wird als es in der Vergangenheit der Fall war. Insgesamt ergeben sich hier eher neue Fragen als dass jene beantwortet werden, die von den Autoren, welche Buchstein bei der Entwicklung seiner Idealtypen im Blick hatte, seinerzeit aufgeworfen wurden.

Zu diesen neuen Fragen zählen die folgenden:

- Welche Folgen erwachsen der demokratischen Willensbildung daraus, dass nicht nur Teile der Bevölkerung von den Vorteilen der Netzkommunikation ausgeschlossen bleiben, sondern sich zudem innerhalb der Nutzerschaft eine weitere Spaltung abzeichnet, weil die einen zunehmend sicher und vertraulich kommunizieren, während die anderen dem permanenten Zugriff Dritter ausgesetzt sind?
- Wie soll ein demokratisches Gemeinwesen mit Phänomenen wie der Verbreitung menschenverachtender Inhalte umgehen, die einerseits seinen Grundwerten widersprechen, andererseits aber auch jenseits seiner Reichweite liegen? Ist es hier besser, auf restriktiven Gesetzen zu bestehen, um abweichendes Verhalten zumindest zu brandmarken, oder sollte sich der Staat in dieser Hinsicht zurückhalten, um die eigene Ohnmacht nicht allzu deutlich zutage treten zu lassen?
- Welche Auswirkungen hat es auf demokratische Prozesse, wenn Internetkonzerne wie Google und Facebook maßgeblichen und partiell auch verdeckten Einfluss darauf haben, wie die Welt in großen Teilen der Bevölkerung wahrgenommen wird?

- Wie verändert sich die demokratische Willensbildung, wenn sich einerseits keine Privatheit mehr garantieren lässt, weil Geheimdienste und Internetkonzerne immer wieder Informationen und Kommunikationsbeziehungen aufzeichnen und zu ihren Zwecken gebrauchen bzw. missbrauchen, diese Vorfälle aber andererseits auch mit hoher Wahrscheinlichkeit durch Whistleblower und Plattformen wie Wikileaks aufgedeckt und zum Gegenstand politischer Diskurse werden?
- Ebnen Innovationen wie digitaltechnisch gestützte Bürgerhaushalte den Weg in eine stärker zivilgesellschaftlich bestimmte Demokratie oder ist eine solche „Ergänzung liberal-repräsentativer Entscheidungsmodi" (Schaal 2014, S. 121) weniger als Angebot zur Machtteilung denn als symbolische Geste zu interpretieren, die davon ablenkt, dass die Bürgerschaft angesichts einer fortschreitenden grenzüberschreitenden Politikverflechtung und ökonomischer Imperative nicht ermächtigt, sondern entmachtet wird?
- Sind die Sicherheitsbedenken gegenüber elektronischen Wahlen tatsächlich technischen Restriktionen geschuldet oder sind sie lediglich vorgeschoben, um einem politischen Diskurs über die von unterschiedlichen Seiten geforderte Anreicherung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente aus dem Weg zu gehen?[2]
- Gibt es neben der Einführung elektronischer Wahlen und Abstimmungen weitere Optionen, um den informationstechnischen Wandel für die Fortentwicklung der demokratischen Willensbildung produktiv zu machen? Wo liegen etwa die Chancen und Risiken von Verfahren, durch die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in die Rechtssetzung einbezogen werden, und von Innovationen, die auf eine Kombination von direktdemokratischen und deliberativen setzen?[3]
- Ist das Konzept der Liquid Democracy gescheitert oder eröffnet es noch Perspektiven für die Ausgestaltung demokratischer Prozesse, die nicht nur in einzelnen politischen Organisationen, sondern auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ablaufen?[4]

Antworten auf solche Fragen zeichnen sich bislang bestenfalls in groben Umrissen ab. Aber auch, wenn sie bereits heute gegeben werden könnten, bliebe immer noch unklar, wie sich das demokratische Gemeinwesen der Zukunft darstellen wird. Denn neben soziotechnischen sind dafür auch sozioökonomische und damit verbundene ordnungspolitische Faktoren maßgeblich. So macht es für die Fortentwicklung der modernen Demokratie einen großen Unterschied, ob sich die „kontingente Hegemonie des Neoliberalismus" noch verstärken und die Politik auf die Rolle einer Erfüllungsgehilfin der Wirtschaft festlegen wird (*Schaal* 2014, S. 120), ob „die Demokratie die Ökonomie einhegen" und damit Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen kann (*Schaal* 2014, S. 121) oder ob wie von Rifkin prognostiziert eine „dezentral angelegte und kollaborative industrielle Revolution" (*Rifkin* 2011, S.146) zu neuen Formen des Wirtschaftens führen wird, in denen sich kapitalistisch und zivilgesellschaftlich basierte Produktionsweisen gleichwertig ergänzen und sich gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse entsprechend verschieben.

Fazit: Um den Diskurs über die demokratischen Potentiale der informationstechnischen Innovationen zu strukturieren, führte *Hubertus Buchstein* 1996 die Idealtypen Netzoptimismus, Netzpessimismus und Netzneutralismus ein.

Netzoptimismus steht dabei für die Annahme, dass die Verbreitung digitaler Informationstechnologien schon wegen deren spezifischer Beschaffenheit Verbesserungen im Be-

reich der demokratischen Willensbildung nach sich zieht, Netzneutralismus für die Überzeugung, dass die Auswirkungen des informationstechnischen Wandels in dieser Hinsicht einerseits ambivalent, andererseits aber auch gestaltbar sind, und Netzpessimismus für eine Sicht, nach der dem demokratischen Gemeinwesen im Übergang zur digitalen Informationsgesellschaft wegen spezieller sozioökonomischer und technikimmanenter Faktoren eher Nachteile als Vorteile erwachsen.

Aus der Retrospektive ist festzuhalten, dass alle Positionen sowohl auch heute noch tragfähige Elemente aufweisen als auch solche, deren Relevanz inzwischen fraglich geworden ist.

Hervorzuheben ist, dass die digitale Informationsgesellschaft wie von netzpessimistischer Seite unterstellt tatsächlich in vielerlei Hinsicht zu einer Welt der schlechten Alternativen geworden ist, in der es immer schwerer fällt, für sich legitime, aber dennoch widerstreitende Interessen miteinander zu vereinbaren. Besonders deutlich kommt dies im konfliktbeladenen Verhältnis von bürgerschaftlichen Freiheitsrechten und staatlichen Befugnissen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung zum Ausdruck.

Fragt man danach, wie sich die aktuelle Situation und die Perspektiven der demokratischen Willensbildung im Lichte von Buchsteins Begriffstrias darstellen, wird deutlich, dass sich hier in der Tat umfassende und tiefgreifende Veränderungen abzeichnen, die Konturen einer zukünftigen Demokratie sind aber noch nicht erkennbar.

Anmerkungen

1 Marianne Egger de Campo etwa sieht den „Kader der Hacker“ in einer solchen Rolle (2014, S. 15).

2 Wenn man sich für die Schaffung einer zur Abwicklung elektronischer Wahlen geeigneten informationstechnischen Infrastruktur entscheiden würde, ließe sich diese natürlich auch nutzen, um flexibel und kostengünstig Abstimmungen durchzuführen.

3 Ersteres könnte sich beispielsweise so darstellen, dass ein parlamentarisches Verfahren zur Änderung einer Kommunalverfassung von einer Konsultation begleitet wird, und letzteres etwa so aussehen, dass ein Bürgerbegehren zu einem kommunalen Infrastrukturprojekt durchgeführt wird, das sich nicht auf die Abhaltung eines Bürgerentscheids, sondern auf die Einsetzung einer Planungszelle richtet.

4 Und sind die Piratenparteien als Protagonisten dieses Leitbilds lediglich als eine netzpolitische Episode oder als Avantgarde einer noch wirkmächtig werdenden Bewegung anzusehen?

Literatur

Albers, Rebecca, 2015: Porto Alegre and the Participatory Budget, http://fimforum.org/en/library/Porto_Alegre_and_the_Participatory_Budget.pdf, Stand: 20.09.

ARD/ZDF, 2015: Onlinestudie 2014, http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=483, Stand: 24.06.

Assheuer, Thomas, 2013: Mikrophysik der Macht, in: Die Zeit Nr. 31 vom 25.07., S. 36.

Bachmann, Barbara, 2014: Dein Haus kennt dich, in: Die Zeit Nr. 50 vom 04.12., S. 12.

Bauerlein, Monika/Jeffery, *Clara*, 2015, Where Does Facebook Stop and the NSA Begin?, http://www.motherjones.com/media/2013/10/facebook-personal-data-online-privacy-social-norm, Stand: 20.09.

Beckmann, Markus, 2012: IT-Trends und mögliche Auswirkungen auf die Verwaltungsmodernisierung, in: *Hill, Hermann* (Hrsg.), Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Baden-Baden: Nomos, S. 173-184.

Bewarder, Manuel/Graw, Ansgar, 2013: Mission Impossible, in: Die Welt kompakt Nr. 31 vom 31.10., S. 6.

Bieber, Christoph, 2012a: Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7, S. 27-32.

Bieber, Christoph, 2012b: Wählen als elektronischer Demokratieprozess?, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 353-373.

Bittner, Jochen/Musharbash, Yassin, 2013: Jäger im Datendschungel, in: Die Zeit Nr. 28 vom 04.07., S. 3.

Bleicher, Joan, 2010: Internet, Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.

Blume, Georg, 2015: Keine Panik, in: Die Zeit Nr. 16 vom 16.04., S. 26.

Bolz, Norbert, 2012: Das Internet als Katalysator für den Wandel von Sprache und Kultur, in: Walter Raymond-Stiftung (Hrsg.), Digitale Demokratie, Netzfreiheiten, plebiszitäre Kampagnen, Berlin: BDA, S. 29-38.

Brundin, Pia, 2010: Politics on the Net – a NGO Perspective, in: *Amna, Eric* (Hrsg.), New Forms of Citizen Participation, Baden-Baden: Nomos, S. 161-174.

Brynjolfsson, Erik, 2015: Communication Networks and the Rise of the Information Elites, http://www.academia.edu/2662709/Communication_Networks_and_the_Rise_of_the_Information_Elites, Stand: 19.09.

Buchstein, Hubertus, 1996: Bittere Bytes. Cyberbürger und Demokratietheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 4, S. 583-607.

Buchstein, Hubertus, 1997: Bytes that Bite. The Internet and Deliberative Democracy, in: Constellations, 4, S. 248–263.

Bürgerhaushalt.org, 2015: Statusberichte, http://www.buergerhaushalt.org/de/statusberichte, Stand: 24.06.

Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag TAB, 2006: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie, Berlin: Edition Sigma.

Cage, *Monkey*, 2015: Does Slacktivism Work?, http://www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2014/03/12/does-slacktivism-work/, Stand: 19.09.

Cap, Clemens, 2014: Sicher oder nur scheinbar sicher?, in: Forschung und Lehre, 12, S. 958-959.

Coglianese, Cary, 2009: The Transparacy President?, in: Governance, 4, S. 522-544.

Coleman, Stephan, 2009: Making Parliamentary Democracy Visible, in: Chadwick, Andrew/Howard, Philip (Hrsg.), Routledge Handbook of Internet Politics, New York: Routledge, S. 86-98.

Costigan, Sean, 2015: Cyber Terrorism Must Be Jointly Tackled, in: Sunday Guardian Nr. 12 vom 25.01., S. 10.

Curry, Ian, 2010: An Introduction to Cryptography and Digital Signatures, New York: Entrust.

Cyranek, Günther, 2014: Open Development in Lateinamerika, in: *Klumpp, Dieter/Lenk, Klaus/Koch, Günter* (Hrsg.), Überwiegend Neuland, Berlin: Edition Sigma, S. 143-162.

Czernohorsky, Siegfried/Weiler, Stefan, 2012: Medienkompetenz – Grundlage der E-Government-Nutzung, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 321-338.

Dachverband Piratenparteien International, 2015: Pirate Parties International, https://wiki.piratenpartei.de/Pirate_Parties_International, Stand: 21.09.

Demmelhuber, Thomas, 2013: Neue Medien, Protest und politische Veränderung im Nahen Osten, in: *Kneuer, Marianne* (Hrsg.), Das Internet – Bereicherung oder Stressfaktor für die moderne Demokratie?, Baden-Baden: Nomos, S. 227-247.

Deutscher Bundestag, 2013: Schlussbericht der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft beim Deutschen Bundestag, Bonn: Eigenverlag Bundestag.

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet DIVSI, 2013: Entscheider-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, Heidelberg: Eigenverlag DIVSI.

Egger de Campo, Marianne, 2014: Neue Medien – alte Greedy Institutions, in: Leviathan, 1, S. 7-28.

Eicher, Klaus/Sipple, Brian, 2014: Big Brother an Bord, in: ADAC Motorwelt Nr. 4 vom 10.04., S. 16-20.

Eifert, Martin, 2004: Electronic Government in Germany, in: *Eifert, Martin/Püschel, Jan* (Hrsg.), National Electronic Government, London: Routledge, S. 117-135.

Eixelsberger, Wolfgang, 2010: E-Government in Estland, in: E-Government Review, 6, S. 8-9.

Ertel, Wolfgang, 2013: Grundkurs Künstliche Intelligenz, Wiesbaden: Springer.

Eumann, Marc/Gerlach, Frauke/Rößner, Tabea/Stadelmaier, Martin, 2013: Medien, Netz und Öffentlichkeit, Essen: Klartext.

Feick, Jürgen, 2007: Demokratische Partizipation im Zeitalter des Internets, in: *Dolata, Ulrich/Werle, Raymund* (Hrsg.), Gesellschaft und die Macht der Technik, Frankfurt: Campus, S. 221-239.
Fischermann, Thomas, 2013: Der Jedermann-Code, in: Die Zeit Nr. 39 vom 19.09., S. 25-26.
Fraefel, Marianne/Neuroni, Alessia/Brugger, Jerome, 2012: Elektronische Partizipation in der Schweiz, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 413-434.
Fraenkel, Ernst, 1968: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, in: *Fraenkel, Ernst* (Hrsg.), Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart: Kohlhammer, S. 165-189.
Franzke, Jochen/Kleger, Heinz, 2010: Bürgerhaushalte – Chancen und Grenzen, Berlin: Edition Sigma.
Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS, 2014: Digitale Mobilität – Dynamik im öffentlichen Raum, Berlin: Eigenverlag FOKUS.
Fromm, Jens, 2013: Vertrauenswürdige digitale Identität – Baustein für öffentliche IT, in: Behörden Spiegel Nr. 11 vom 01.11., S. 20.
Gauntlett, David/Horsley, Ross, 2004: Web Studies, London: Routledge.
Grassmuck, Volker, 2014: Von Daseinsfürsorge zu Public Value, in: *Klumpp, Dieter/Lenk, Klaus/Koch, Günter* (Hrsg.), Überwiegend Neuland, Berlin: Edition Sigma, S. 77-107.
Grunwald, Armin/Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonhard, 2006: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie, Berlin: Edition Sigma.
Gutschker, Thomas/Giammarco, Francesco, 2015: Menschenjagd im Internet. Islamisten, Extremisten und Wutbürger geben ihre Gegener zum Abschuss frei – buchstäblich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 15 vom 12.04., S. 1.
Hagen, Martin/Kubicek, Herbert, 2011: Informationsfreiheitsgesetze bereiten den Weg zu Open Data, in: Innovative Verwaltung, 3, S. 32-33.
Hall, Thad, 2012: Electronic Voting, in: *Kersting, Norbert* (Hrsg.), Electronic Democracy, Opladen: Budrich, S. 153-176.
Hamann, Götz, 2014: Wir haben alles zerstört, in: Die Zeit Nr. 47 vom 13.11., S. 23.
Hamann, Götz, 2015: Muss das sein?, in: Die Zeit Nr. 27 vom 02.07., S. 21.
Harding, Luke, 2014: The Snowden Files, London: Guardian Books.
Hasebrink, Uwe/Hölig, Sascha, 2014: Topographie der Öffentlichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22/23, S. 16-22.
Haug, Volker, 2010: Internetrecht, Stuttgart: Kohlhammer.
Heckmann, Dirk, 2014: Die Plug and Play Falle, in: Forschung und Lehre, 12, S. 962-963.
Hijmans, Hielke/Langfeldt, Owe, 2012: Datenschutz in der Europäischen Union, in: *Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo* (Hrsg.), Datenschutz, Bonn: Eigenverlag Bundeszentrale für politische Bildung, S. 403-411.
Hildebrandt, Tina/Krupka, Matthias, 2013: Abgehört und ausgetrickst, in: Die Zeit Nr. 28 vom 04.07., S. 5.
Hippner, Hajo, 2006: Bedeutung, Anwendungen und Einsatzpotential von Social Software, in: HDM – Praxis der Wirtschaftsinformatik, 12, S. 6-16.
Hofstetter, Yvonne, 2015: Sie wissen alles, München: Bertelsmann.
IBM Institute for Business Value, 2012: Analytics – Big Data in der Praxis, Ehningen: Eigenverlag IBM.
Initiative D21, 2002: (N)onliner-Atlas, Berlin: Eigenverlag D21.
Initiative D21, 2013: Mobile Internetnutzung – Entwicklungsschub für die moderne Gesellschaft, Berlin: Eigenverlag D21.
Initiative D21, 2014: Digital Index 2014, Berlin: Eigenverlag D21.
Interdisziplinäres Studienzentrum zu Politik, Recht, Administration und Technologie ISPRAT, 2014: Mobiles Regieren und Verwalten in einer mobilen Welt, Hamburg: Eigenverlag ISPRAT.
Jessen, Jens, 2011: Unterwegs zur Plutokratie, in: Die Zeit Nr. 36 vom 03.09., S. 10.
Jöckel, Sven/Kamps, Klaus/Potz, Annika, 2014: Digitale Partizipation Jugendlicher, in: *Einspänner-Pflock, Jessica/Dang-Anh, Mark/Thimm, Caja* (Hrsg.), Digitale Gesellschaft – Partizipationskulturen im Netz, Münster: Lit, S. 148-168.
Kasapoglu, Cagil, 2015: Turkey Social Media Ban Raises Censorship Fears, http://www.bbc.com/news/world-europe-32204177, Stand: 19.09.

Kink, Natalie/Hess, Thomas, 2007: Suchmaschinen als Substitut traditioneller Medien, in: *Machill, Marcel/Beiler, Markus* (Hrsg.), Die Macht der Suchmaschinen, Köln: Halem, S. 298-307.
Klingst, Martin, 2015: Du linke Sau, wir töten dich, in: Die Zeit Nr. 15 vom 09.04., S. 4.
Kobie, Nicole, 2015: Why Electronic Voting Isn't Secure – But May Be Safe Enough, http://www.theguardian.com/technology/2015/mar/30/why-electronic-voting-is-not-secure, Stand: 20.09.
Köhler, Thomas, 2014: Mensch und Fahrzeug in der Vernetzung, in: *Klumpp, Dieter/Lenk, Klaus/Koch, Günter* (Hrsg.), Überwiegend Neuland, Berlin: Edition Sigma, S. 115-126.
Körner, Marita, 2012: Globaler Datenschutz, in: *Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo* (Hrsg.), Datenschutz, Bonn: Eigenverlag Bundeszentrale für politische Bildung, S. 426-434.
Kutscha, Martin, 2010: Mehr Datenschutz – aber wie?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1, S. 112-114.
Lämmle, Uwe/Cleve, Jürgen, 2008: Künstliche Intelligenz, München: Hanser.
Läsker, Kristina, 2014: Die Stadt, die alles weiß, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 110 vom 14.05., S. 26.
Lau, Mariam, 2013: Freund hilft mit, in: Die Zeit Nr. 31 vom 25.07., S. 5.
Lau, Mariam, 2015: Verehrter BND, wir hätten da ein paar Fragen, in: Die Zeit Nr. 18 vom 29.04., S. 5.
Lipset, Martin, 1959: Some Social Requisites of Democracy, in: The American Political Science Review, 1, S. 69-105.
Liquid Democracy Verein, 2015: Konzept, http://liqd.net/schwerpunkte, Stand: 21.09.
Litvinenko, Anna, 2012: Social Media and Perspectives of Liquid Democracy, in: *Gasco, Mila* (Hrsg.), Proceedings of the 12th European Conference on Electronic Government, Reading: Academic Publishing International, S. 403-407.
Lynch, Clifford, 2008: Big Data – How Do Your Data Grow?, in: Nature, 9, S. 28-29.
Märker, Oliver/Wehner, Josef, 2008: Haushaltsplanung 2.0 – E-Partizipation über Bürgerhaushalte, in: *Habbel, Franz-Reinhard/Huber, Andreas* (Hrsg.), Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik, Boizenburg: VWH, S. 63-70.
Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara, 2009: Problemlagen der Mediendemokratie, in: *Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara* (Hrsg.), Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden: VS, S. 11-33.
Marichal, Jose, 2012: Facebook Democracy, Surrey: Ashgate.
Marien, Sofie/Hooghe, Marc/Quintelier, Ellen, 2010: Unconventional Participation and the Problem of Inequality, in: *Amna, Eric* (Hrsg.), New Forms of Citizen Participation, Baden-Baden: Nomos, S. 131-146.
Marschall, Stefan, 1999: Alte und neue Öffentlichkeiten, in: *Kamps, Klaus* (Hrsg.), Elektronische Demokratie, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 109-126.
Martin-Jung, Helmut, 2013: Verflixt und verschlüsselt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 250 vom 29.10., S. 5.
Mc Laughlin, Catriona, 2013: Die Besserwisser, in: Die Zeit Nr. 28 vom 04.07., S. 24.
Meagher, Sutton, 2008: When Personal Computers are Transformed into Ballot Boxes, in: American University International Law Review, 2, S. 349-386.
Meißelbach, Christoph, 2009: Web 2.0 – Demokratie 3.0?, Baden-Baden: Nomos.
Min, Seong-Jae, 2010: From the Digital Divide to the Democratic Divide, in: Journal of Information Technology and Politics, 7, S. 22-35.
Möller, Jan, 2012: Rechtsfrei oder recht frei? Zur Vereinbarung, Anwendung und Durchsetzung von gesellschaftlichen Konventionen im Internet, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 309-320.
Mundorf, Philipp/Reiners, Markus, 2010: E-Voting als wegweisende Innovation in Estland, in: Innovative Verwaltung, 10, S. 42-45.
Musharbash, Yassin, 2015: Das Internet als Schlachtfeld, in: Die Zeit Nr. 16 vom 16.04., S. 26.
Netzpolitik.org, 2015: Über uns, https://netzpolitik.org/about-this-blog, Stand: 21.09.
Network Working Group, 2015: Netiquette Guidelines, October 1995, http://tools.ietf.org/html/rfc1855, Stand: 15.05.
Neumann, Tobias, 2011: Die Piratenpartei Deutschland, Berlin: Contimax.
Obermaier, Frederik, 2014: Die Praxis des BND verstößt gegen das Grundgesetz, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 136 vom 16.06., S. 5.
Ochmann, Frank, 2015: Der Zensor hinter der Stirn, in: Stern Nr. 22 vom 21.05., S. 127.
Onyanga-Omara, Jane/Leinwand-Leger, Donna, 2015: The Path to Jihadi John, in: USA Today Nr. 89 vom 27.03., S. 1-2.

Organisation for Economic Cooperation and Development OECD/International Telecommunication Union ITU, 2011: M-Government, Paris: OECD Publishing.

Paetsch, Jennifer/Reichert, Daniel, 2012: Liquid Democracy. Neue Wege der politischen Partizipation, in: Vorgänge, 4, S. 15-22.

Papacharissi, Zizi, 2009: The Virtual Sphere 2.0, in: *Chadwick, Andrew/Howard, Philip* (Hrsg.), Routledge Handbook of Internet Politics, New York: Routledge, S. 230-245.

Papacharissi, Zizi, 2011: Conclusion – A Networked Self, in: *Papacharissi, Zizi* (Hrsg.), A Networked Self. Identity, Community, and Culture on Social Network Sites, New York: Routledge, S. 304-318.

Papier, Hans-Jürgen, 2012: Verfassungsrechtliche Grundlagen des Datenschutzes, in: *Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo* (Hrsg.), Datenschutz, Bonn: Eigenverlag Bundeszentrale für politische Bildung, S. 67-77.

Pink, Katja/Bode,Thilo, 2010: Die Finanzkrise als Demokratiekrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6, S. 45-55.

Pletter, Roman, 2014: Ist er besser als wir?, in: Die Zeit Nr. 29 vom 10.07., S. 19-20.

Poelmans, Matt, 2012: Von elektronischer Verwaltung zu gemeinschaftlicher Governance, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 157-171.

Pörksen, Bernhard, 2015: Respekt, Verachtung, in: Die Zeit Nr. 26 vom 25.06., S. 11.

Qualman, Erik, 2012: Socialnomics, Hoboken/New Jersey: Wiley and Sons.

Rademacher, Patrick, 2010: Politische Inhalte im Internet, Köln: Halem.

Randow, Gero von, 2013: Blick ins große Datensieb, in: Die Zeit Nr. 30 vom 18.07., S. 31-32.

Reedy, Justin/Wells, Chris, 2009: Information, the Internet and Direct Democracy in: *Chadwick, Andrew/ Howard, Philip* (Hrsg.), Routledge Handbook of Internet Politics, New York: Routledge, S. 157-172.

Reinermann, Heinrich, 2014: Wohin steuert die digitale Gesellschaft? Eine Kartenskizze von Neuland, Speyer: Eigenverlag Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Reinhardt, Sybille, 2012: Demokratie ist kein Wellnessprogramm, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 3, S. 283-284.

Rezende, Pedro, 2004: Electronic Voting Systems – Is Brazil Ahead of its Time?, in: CryptoBytes, 2, S. 2-7.

Richter, Saskia, 2013: Politische Partizipation und sich wandelnde Gesellschaften, in: *Kneuer, Marianne* (Hrsg.), Das Internet – Bereicherung oder Stressfaktor für die moderne Demokratie?, Baden-Baden: Nomos, S. 145-171.

Rieger, Frank, 2015: Verwundbare Medien, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 15 vom 12.04., S. 45.

Rifkin, Jeremy, 2011: Die dritte industrielle Revolution, Frankfurt am Main: Campus.

Röhle, Theo, 2007: Machtkonzepte in der Suchmaschinenforschung, in*: Machill, Marcel/Beiler, Markus* (Hrsg.), Die Macht der Suchmaschinen, Köln: Halem, S. 127-142.

Roleff, Daniel, 2012: Digitale Politik und Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7, S. 14-20.

Rosenbach, Marcel/Stark, Holger, 2011: Staatsfeind Wikileaks, München: Deutsche Verlagsanstalt.

Roßnagel, Alexander, 2011: Allianz von IT-Sicherheit und Datenschutz, in: Alcatel Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung (Hrsg.), Gestaltungslinien für Sicherheit und Datenschutz im Energieinformationsnetz, Essen: DCC, S. 3-6.

Roth, Roland, 2011: Bürgermacht, Bonn: Eigenverlag Bundeszentrale für politische Bildung.

Rupp, Klaus-Rainer, 2003: Beteiligungshaushalt als linke Alternative zur Bürgerkommune, in: Utopie kreativ, 3, S. 1126-1131.

Sarcinelli, Ulrich, 2012: E-Partizipation in der Web 2.0-Demokratie, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 435-448.

Sauret, Jaques, 2012: Elektronische Verwaltung in Frankreich, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 111-130.

Schaal, Gary, 2014: Die Zukunft der Demokratie, in: *Reder, Michael/Cojocaru, Mara-Daria* (Hrsg.), Zukunft der Demokratie – Ende einer Illusion oder Aubruch zu neuen Formen?, Stuttgart: Kohlhammer, S. 109-124.

Schaar, Peter, 2012: Systemdatenschutz, in: *Schmidt, Jan-Hinrik/Weichert, Thilo* (Hrsg.), Datenschutz, Bonn: Eigenverlag Bundeszentrale für politische Bildung, S. 363-371.

Scharpf, Fritz, 1999: Regieren in Europa, Frankfurt am Main: Campus.

Schenk, Michael/Wolf, Malthe, 2006: Die digitale Spaltung der Gesellschaft, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried* (Hrsg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS, S. 239-260.

Schmidt, Manfred, 2007: Das politische System Deutschlands, München: Beck.

Schmitt, Sarah/Hunnius, Sirko, 2014: Informierter Bürger trifft zuständgkeitsorientierte Verwaltung, in: *Hill, Hermann* (Hrsg.), E-Transformation, Baden-Baden: Nomos, S. 29-45.

Schmitt, Stefan, 2014: So leben wir in fünf Jahren, in: Die Zeit Nr. 36 vom 28.08., S. 29.

Schröter, Welf, 2012: Konstitution und Identität, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 339-349.

Schünemann, Wolf, 2012: E-Govemment und Netzpolitik - eine konzeptionelle Einführung, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 9-38.

Schwärzer, Erwin, 2012: Elektronische Verwaltung in Deutschland, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 73-98.

Schweizerischer Bundesrat, 2006: Bericht über die Pilotprojekte zum Vote Electronique, Bern: Eigenverlag Schweizerische Bundeskanzlei.

Setz, Clemens, 2013: Die Tiefe, in: Die Zeit Nr. 28 vom 04.07., S. 39-40.

Shkabatur, Jennifer, 2013: Transparency with Accountability, in: Yale Law and Policy Review, 1, S. 79-140.

Sonder, Nicolas, 2015: Breitbandausbau im Lichte der digitalen Agenda, in: Public Governance, 1, S. 12-13.

Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm, 1999: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München: Piper.

Stanyer, James, 2009: Web 2.0 and theTransformation of News and Journalism, in: *Chadwick, Andrew/ Howard, Philip* (Hrsg.), Routledge Handbook of Internet Politics, New York: Routledge, S. 200-214.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization UNESCO, 2015: Adult and Youth Literacy, http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/fs26-2013-literacy-en.pdf, Stand: 20.09.

Verein für demokratische Kultur in Berlin, 2015: Verein für demokratische Kultur in Berlin: Berlin gegen Nazis, http://www.berlin-gegen-nazis.de/aktuelles/vernetzt-gegen-nazis, Stand: 19.05.

Volkmer, Ingrid, 2011: The European Public. Between National Spheres and a Deterritorialized Space, Melbourne: European Union Centre at RMIT University.

Volkmer, Ingrid, 2014: The Global Public Sphere. Public Communication in the Age of Reflective Interdependence, Cambridge: Polity Press.

Wagner, Ulrike/Brüggen, Niels, 2012: Von Alibiveranstaltungen und Everyday Markers, in: *Lurz, Klaus/Rösch, Eike/Seitz, Daniel* (Hrsg.), Partizipation und Engagement im Netz, München: Kopaed, S. 21-42.

Webster, Frank, 2005: Theories of the Information Society, London: Routledge.

Weiler, Stefan, 2012: Breitband als Grundlage der Entwicklung Deutschlands, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 257-275.

Weinhardt, Christof/Teubner, Timm, 2014: Neue Räume der Demokratie? Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Netz, in*: Reder, Michael/Cojocaru, Mara-Daria* (Hrsg.), Zukunft der Demokratie – Ende einer Illusion oder Aubruch zu neuen Formen?, Stuttgart: Kohlhammer, S. 101-108.

Wewer, Göttrik, 2014: Open Government, Staat und Demokratie, Berlin: Edition Sigma.

Wiedmann-Schmidt, Wolf, 2014: Kokain vom Pfandleiher, in: Die Zeit Nr. 12 vom 13.03., S. 30.

Will, Martin, 2002: Internetwahlen, Berlin: Boorberg.

Wimmer, Maria, 2012: Über zehn Jahre E-Government in Österreich, in: *Schünemann, Wolf/Weiler, Stefan* (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich, Baden-Baden: Nomos, S. 187-212.

Winkel, Olaf, 1999: Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert, Münster: Lit.
Winkel, Olaf, 2001a: Die Kontroverse um die demokratischen Potentiale der interaktiven Informationstechnologien – Positionen und Perspektiven, in: Publizistik, 2, S. 140-161.
Winkel, Olaf, 2001b: The Democratic Potentials of Interactive Information Technologies under Discussion, in: International Journal of Communications, Law and Policy, 6, S. 10-25.
Winkel, Olaf, 2007a: Electronic Government in Germany, in*: Zapotoczky, Klaus/Pracher, Christian/Strunz, Herbert* (Hrsg.), Verwaltung innovativ, Linz: Trauner, S. 163-186.
Winkel, Olaf, 2007b: Kommunikation, Medien und Globalisierung, in: *Robert, Rüdiger* (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung, Münster: Waxmann, S. 235-253.
Wolff, Michael, 2015: Internet Regulation Hardly Neutral, in: USA Today Nr. 61 vom 02.03., S. 1-2.
Worstall, Tim, 2015: Google is a Significant Threat to Democracy, http://www.forbes.com/sites/timworstall/2013/04/02/google-is-a-significant-threat-to-democracy-therefore-it-must-be-regulated/, Stand 19.09.
Zillien, Nicole/Haufs-Brusberg, Maren, 2014: Wissenskluft und Digital Divide, Baden-Baden: Nomos.
Zubair Khan, Muhammad, 2014: Revitalization of the Public Sphere, in: Acta Universitatis Danubius, 1, S. 41-57.

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Olaf Winkel, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Campus Lichtenberg, Alt Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
E-Mail: olaf.winkel@hwr-berlin.de